

Antrag

**des Abgeordneten Dr. Fritz Schumann (Kroppenstedt) und der Gruppe
der PDS/Linke Liste**

Personalausstattung der Kataster-, Grundbuch- und Vermessungsämter in den neuen Ländern

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

1. unverzüglich die neuen Länder bei einer quantitativ ausreichenden Personalausstattung bei den Kataster- und Grundbuchämtern sowie bei den Vermessungsämtern zu unterstützen.

Dazu sollte

- durch die Bundesregierung eine entsprechende Initiative erfolgen und
 - für die Länder für eine Übergangszeit eine entsprechende Mittelzuweisung erfolgen.
2. Eine für die Tätigkeit erforderliche Fort- und Weiterbildung des Personals sollte parallel zur Aufnahme der Tätigkeit in den Ämtern erfolgen.

Bonn, den 1. Juli 1993

Dr. Fritz Schumann (Kroppenstedt)
Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

Die quantitativ unzureichende Personalausstattung bei den Kataster- und Grundbuchämtern sowie bei den Vermessungsämtern in den neuen Ländern sind ein Investitionshemmnis bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze und bei der Realisierung von Grundstückskaufverträgen der Bürgerinnen und Bürger. Eine personelle Verstärkung der Dienststellen trägt zum Abbau dieser Hemmnisse bei. Die Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch auf das Funktionieren staatlicher Aufgaben. Gleichzeitig werden Arbeitsplätze geschaffen und es werden öffentliche Gelder von jetzt notwendigen Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe gespart.

In der DDR hatten zum Beispiel im Jahr 1989 78 929 Beschäftigte in der Landwirtschaft einen Hoch- bzw. Fachschulabschluß. Das waren vor allem Diplom-Agraringenieure und Agraringenieure. Ihr Anteil an den derzeit Arbeitslosen mit landwirtschaftlichen Berufen von 86 000 Personen liegt bei schätzungsweise 10 Prozent. Diese Personen verfügen über Kenntnisse im Kartenwesen, Grundvorstellung zur Flächenvermessung, Grundkenntnisse im Bodenrecht und im Grundstücksverkehr sowie in der Verwaltungstätigkeit.

Aufgrund des Arbeitskräfteabbaus in der Landwirtschaft sind viele, insbesondere Frauen, jetzt arbeitslos und suchen eine Beschäftigung. Sie würden entsprechende Stellen sofort besetzen. Die erforderliche Weiterbildung wäre mit geringem Aufwand durchführbar.

Wegen der gesamtwirtschaftlichen Kostenersparnis der Maßnahme können die Kosten für die Finanzierung einer ausreichenden Personalausstattung durch den Bund übernommen werden.